

Der Ferne Osten nach dem 11. September

Das Grundmuster bleibt

Kay Möller

Insbesondere angelsächsische Kommentatoren haben nach dem 11. September 2001 die Erwartung geäußert, die terroristischen Angriffe auf die USA würden im Fernen Osten eine Verbesserung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen bewirken und damit tendenziell multipolare Aktionsmuster begünstigen. Diese Einschätzung dürfte sich als falsch erweisen. Längerfristig stärkt auch die antiterroristische Zusammenarbeit die globale Führungsrolle der USA. Ein Ausbau der amerikanischen Präsenz in Südwestasien wird in Peking als weiteres Indiz einer Einkreisungsstrategie verstanden. Gleichzeitig läuft die Verbesserung der amerikanisch-russischen und amerikanisch-indischen Beziehungen chinesischen Vorstellungen von antiwestlichen Koalitionen zuwider.

Vgl. auch SWP-Aktuell 14/01
von Gudrun Wacker:

» China und die Terroranschläge
des 11.9. Wendepunkt in den sino-
amerikanischen Beziehungen?«,
Berlin, Oktober 2001.

Vornehmlich nordamerikanische Anhänger einer Einbindung leninistischer Staaten wie Nordkorea und China haben im Zusammenhang mit der neuen Anti-Terror-Strategie der Bush-Administration ein Wiederaufleben der Clintonschen Entspannungspolitik prophezeit. Demnach wären die USA in ihrem weltweiten Kampf gegen den Terrorismus zumindest auf Duldung, möglichst aber auf aktive Unterstützung auch durch solche Akteure angewiesen, die sie zuvor noch als Herausforderer, wenn nicht gar »Schurkenstaaten« angesehen hatten. In diesem Zusammenhang würde Washingtons Toleranz der dort begangenen Menschenrechtsverletzungen weiter zunehmen und das Interesse an einer Einmischung in innere Angelegenheiten generell schwinden. Es käme zu einer materiellen und ideellen Stabilisierung

fernöstlicher Regime und einer tendenziellen Multipolarisierung der internationalen Beziehungen in Fernost.

Vor dem 11. September hatte die amerikanische Außenpolitik in der Region andere Signale gesendet. Die von Präsident Bill Clinton 1997 verordneten Bemühungen um eine strategische Partnerschaft mit Peking wurden eingestellt; George Bush Jr. hatte sich zur Verteidigung Taiwans, zur Schaffung eines regionalen Raketenabwehrsystems und zum Ausbau der amerikanisch-japanischen Allianz bekannt. Der sicherheitspolitische Dialog mit Peking war nach der Notlandung eines amerikanischen Aufklärungsflugzeugs auf Hainan am 1. April 2001 abgebrochen worden. Die neue Administration hatte einer Normalisierung ihrer Beziehungen zu Nordkorea ausdrücklich geringe Priorität beigemessen und damit

sowohl den Dialog zwischen Washington und Pyöngyang als auch jenen zwischen den beiden Koreas zum Stillstand gebracht. Für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen verlangten die USA verifizierbare und sanktionierbare Fortschritte in Fragen der nordkoreanischen Atom- und Raketenrüstung sowie konventionelle Abrüstungsschritte. In Südostasien war es noch unter Bill Clinton zu einer tendenziellen Wiederauflage der »enlargement«-Politik von 1993 gekommen, mit der das demokratisch-marktwirtschaftliche Lager weltweit ausgedehnt werden sollte. Auch nach dem 1969 eingeleiteten Rückzug der USA vom ostasiatischen Festland schien der Bestand der Pax Americana im pazifischen Asien gesichert.

Das bedeutete keine unqualifizierte Akzeptanz dieser Ordnung durch die Regionalstaaten. Insbesondere die Volksrepublik China sah die amerikanische Militärpräsenz und das amerikanisch-japanische Bündnis als Hindernis für den eigenen Aufstieg zur regionalen Vormacht, und regionale Mittelmächte von Jakarta bis Seoul zeigten immer weniger Neigung, sich in Washingtons Kontroversen mit Peking und Pyöngyang hineinziehen zu lassen. Sie versuchten statt dessen, die Politik der Kontrahenten in inklusiven Kooperationsforen zu multilateralisieren, und diskutierten autonome Modelle der wirtschafts- und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit.

Die USA ließen sich bis zu einem gewissen Grade auf den neuen Multilateralismus ein, bauten aber gleichzeitig ihre Allianzen mit Japan, Australien und den Philippinen aus, verstärkten ihre Präsenz in Zentralasien und der Mongolei und betrieben auch nach den Atombombentests von 1998 die Normalisierung ihrer Beziehungen zu Indien auf Kosten Pakistans. Unter anderem als Reaktion auf diese Entwicklung intensivierte China und Rußland ihre sicherheitspolitische Zusammenarbeit untereinander und mit vier zentralasiatischen Republiken in der 2001 gegründeten Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit. In Weltordnungsfragen kam es gelegentlich zu einer Anti-Einmischungsfront mit den

Organisationsmitgliedern Moskau, Peking und Delhi.

Fernöstliche Reaktionen auf den 11. September

Während es nach dem 11. September auch im Fernen Osten zu der erwarteten Solidarisierung mit den USA kam, schien es gleichzeitig, als wären viele der erwähnten Trends gestoppt, wenn nicht umgekehrt worden. So äußerte sich sogar Nordkorea »schockiert« über die Anschläge in New York und Washington, und Pakistan bot Hilfe bei der Suche nach den Tätern an. Die chinesische Führung versicherte die USA ihrer Sympathie und Unterstützung. Washington nahm nun auch mit solchen Akteuren den sicherheitspolitischen Dialog wieder auf, die es zuvor aus grundsätzlichen Erwägungen geschnitten oder vernachlässigt hatte. Aus der Verteidigung des unipolaren Prinzips in Fernost schien angesichts der gemeinsamen Herausforderung die Akzeptanz eines Mächtetekonzerts zu werden.

Die Alliierten

In Japan brachten die Ereignisse vom 11. September grundsätzlich neue Impulse für die von Bush angestrebte intensivierte Sicherheitspartnerschaft. Premierminister Junichiro Koizumi kündigte logistische Unterstützung für eine Operation gegen die für das Attentat Verantwortlichen an und bereitete die Entsendung von Kriegsschiffen in den Indischen Ozean vor. Die japanischen »Selbstverteidigungs-Streitkräfte« sollen künftig auch am – bisher von der Polizei wahrgenommenen – Schutz amerikanischer Stützpunkte mitwirken. Japans neue Verteidigungsstrategie setzt einen Schwerpunkt auf nichtmilitärische Risiken.

Für einige dieser Maßnahmen sind Gesetzesänderungen erforderlich. Die Zustimmung der New Komeito, eines wichtigen Partners in der Regierungskoalition, ist jedoch ungewiß. Letztlich könnte sich aber für Koizumi eine Gelegenheit zu der von

ihm angestrebten Revision der japanischen Verfassung ergeben, die jegliche Kriegführung sowie kollektive Verteidigung untersagt.

Südkorea will eine internationale antiterroristische Koalition logistisch und nachrichtendienstlich unterstützen. Die Streitkräfte der Republik Korea und der USA haben als Reaktion auf den 11. September eine langfristige Zusammenarbeit und »antiterroristische Maßnahmen« für die gesamte koreanische Halbinsel vereinbart. Gemeint sind offenbar Vorkehrungen gegen nordkoreanische Versuche, durch Sabotage im Süden aus der allgemeinen Verunsicherung Kapital zu schlagen. Besondere Aufmerksamkeit der Sicherheitskräfte soll der Fußballweltmeisterschaft 2002 in Südkorea und Japan gelten.

Australien stellte am 18. September den Bündnisfall fest und verlängerte eine laufende Mission seiner Marine im Persischen Golf. Die Philippinen boten den USA die Nutzung ihrer Häfen und Flugplätze an und forderten Indonesien und Malaysia zur Gründung einer regionalen Koalition gegen islamischen Terrorismus auf (Indonesien und Malaysia hatten sich zuvor bereits auf eine entsprechende Zusammenarbeit verständigt. Malaysias Premierminister Mahathir Mohamad äußerte sich indes kritisch zu eventuellen militärischen Maßnahmen der USA).

Die Blockfreien

Erster moslemischer Staatsgast der USA nach den Anschlägen war Indonesiens neue Präsidentin Megawati Sukarnoputri. Das größte moslemische Land der Welt ist gleichzeitig eine fragile Demokratie mit großen sozialen und wirtschaftlichen Problemen. Hatte Megawati zuvor noch die Meinung vertreten, Washington hätte das Unglück selbst zu verantworten, stellte sie nunmehr vorsichtige Unterstützung für die geplanten Vergeltungsmaßnahmen in Aussicht. Derweil drohten islamische Extremisten in Jakarta mit einem »heiligen Krieg« gegen die USA und die eigene Regierung.

Die Bush-Administration hatte die strategische Bedeutung Indonesiens bereits vor dem 11. September erkannt, eine Wiederaufnahme ihrer 1999 eingestellten Militärhilfe eingeleitet und sich mit Kritik an der menschenrechtlichen Situation zurückgehalten. Ihre aktuelle Sorge gilt einem möglichen Zerfall Indonesiens und in diesem Zusammenhang vor allem der separatistischen Bewegung in Aceh im nördlichen Sumatra (vgl. Kasten, S. 7/8), die noch kurz vor den Anschlägen damit gedroht hatte, den Seeverkehr in der strategisch wichtigen Malakka-Straße lahmzulegen.

Die von Bill Clinton eingeleitete Annäherung zwischen den USA und Indien hat durch die aktuelle Krise neue Impulse erhalten. Delhi hat Washington die Nutzung von drei Luftwaffenstützpunkten und einer nicht spezifizierten Anzahl Marinestützpunkten angeboten. Die zeitgleiche zügige Normalisierung der amerikanisch-pakistanischen Beziehungen (Islamabad hat die Nutzung eigener Stützpunkte genehmigt) resultiert in der neuen Konstellation einer partiellen Interessengemeinschaft zwischen Indien und Pakistan. Eine weitere Eskalation im Kashmir-Konflikt erscheint daher vorerst unwahrscheinlich. Viel hängt allerdings davon ab, ob sich das pakistanische Militärregime mit der neuen Linie gegen die radikale islamische Opposition im eigenen Land durchsetzen kann.

Die Wettbewerber

Nordkorea verbleibt auf der Liste Terrorismus-fördernder Staaten des State Department, auch wenn Pyöngyang solche Aktivitäten seit 1987 nicht mehr nachgewiesen werden konnten. Ein früherer israelischer Außenminister hat die Demokratische Volksrepublik Korea immerhin der Verwicklung in die Anschläge vom 11. September beschuldigt.

Eine Woche nach den Anschlägen trafen sich nach sechsmonatiger Unterbrechung – die »Sonnenscheindiplomatie« des südkoreanischen Präsidenten Kim Dae-chung war angesichts unzureichender Zugeständ-

nisse Pyöngyangs innenpolitisch unter Beschuß geraten – erstmals wieder die Unterhändler der beiden koreanischen Staaten. Kim versuchte nunmehr, aus der Not eine Tugend zu machen. Sein Vorschlag einer gemeinsamen Erklärung gegen den internationalen Terrorismus sollte jenen amerikanisch-nordkoreanischen Dialog wiederbeleben, der seit Amtsantritt von Bush Jr. stagniert und der allein weitere Bewegung im innerkoreanischen Verhältnis verspricht. Der Norden lehnte dieses Ansinnen ab, hatte er doch in der Vergangenheit die Erfahrung gemacht, daß der eigenen Sache am besten gedient war, wenn man Seoul und Washington gegeneinander ausspielte.

Auch auf amerikanischer Seite dürfte das Interesse an einer Fortsetzung des Dialogs seit dem 11. September wieder rückläufig sein. Zum einen würden entsprechende Initiativen innenpolitisch auf wenig Gegenliebe stoßen. Zum anderen bleibt Pyöngyangs Raketenprogramm die wichtigste offizielle Rechtfertigung für die Raketen-Abwehrpläne der Administration, die anscheinend auch angesichts der neuen Herausforderung weiterverfolgt werden sollen.

Diese Pläne sorgen auch für die gravierendsten Irritationen im amerikanisch-chinesischen Verhältnis, weil Peking befürchtet, daß sie Unabhängigkeitsbestrebungen auf Taiwan neuen Auftrieb geben. Die Reaktionen der *Volksrepublik China* auf die Anschläge in New York und Washington lassen auf einen internen Disput schließen, der zweifellos durch den laufenden Machtkampf um die Nachfolge Jiang Zemin als Staats- und Parteichef verschärft wird. Während die chinesische Führung die USA ihrer Sympathie und Unterstützung versicherte, kam in der staatlichen Presse und im Internet einmal mehr eine amtlich geduldete Debatte mit stark anti-amerikanischen Untertönen auf. Eine Woche nach den Anschlägen erklärte sich Peking bereit, Vorschläge zum Kampf gegen den internationalen Terrorismus im Weltsicherheitsrat zu erörtern, machte eine Zustimmung zu einem Militäreinsatz aber

von konkreten Beweisen für die Täterschaft, der Vermeidung von »Kollateralschäden« und der Konformität mit dem Völkerrecht abhängig. Darüber hinaus sollen die USA die Volksrepublik in ihrem eigenen Kampf gegen Terrorismus und Separatismus unterstützen. Im selben Zusammenhang wurden »gemeinsame Interessen« im Kampf gegen die taiwanesishe Unabhängigkeitsbewegung erwähnt.

Washington und Peking hatten im Juli 2001 Verhandlungen über die anhaltende Proliferation chinesischer Raketen- und Nukleartechnologie nach Pakistan und in den Mittleren Osten aufgenommen. Der diesbezügliche amerikanische Druck auf die Volksrepublik dürfte sich in den kommenden Monaten weiter erhöhen.

Insgesamt kann die Volksrepublik damit rechnen, aus einer – vermutlich begrenzten und qualifizierten – Kooperation mit den USA neben Prestige auch materiellen Nutzen für die Bekämpfung des Separatismus im eigenen Lande zu ziehen. So reisten am 25. September chinesische Terrorismus-Experten zu Gesprächen in die USA. Ihre Expertise bezieht sich vornehmlich auf uighurisch-islamische Freiheitskämpfer in der »Autonomen Region« Sinkiang im Nordwesten der Volksrepublik. Einige dieser Guerillas wurden von den Taliban ausgebildet und haben Waffen aus Afghanistan bezogen (vgl. Kasten, S. 7/8). Da die kurze chinesisch-afghanische Grenze permanent geschlossen ist und von den Anti-Taliban-Kräften in der sogenannten Nord-Allianz kontrolliert wird, gilt Pekings besondere Aufmerksamkeit der Grenze mit Pakistan. Im September wurden mehrere Übergänge geschlossen. Islamabad's bisherige Unterstützung für die Taliban sorgte für anhaltende Irritationen im ansonsten engen chinesisch-pakistanischen Verhältnis.

Bliebe die Frage einer bewaffneten Intervention der USA und ihrer Verbündeten in Afghanistan. Nachdem sich alle zentralasiatischen Republiken bereit erklärt haben, ihren Luftraum zu öffnen und Rußland eine aktive Mitwirkung an einer internationalen Intervention nicht mehr ausschließt,

erscheint China innerhalb der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit, der unter anderem die genannten Staaten angehören, relativ isoliert. Die Volksrepublik ist zwar ihrerseits kein Freund des Regimes in Kabul, bleibt aber aus politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Erwägungen an einer Verhandlungslösung des afghanischen Bürgerkriegs interessiert und hat 2000 Kontakt zu den Taliban aufgenommen. Eine militärische Intervention der USA würde zu intensivierten Beziehungen zwischen Washington, Moskau und Teheran sowie eventuell einer amerikanischen Truppenpräsenz nahe der chinesischen Grenze führen, die Sicherheitslage in Sinkiang dabei vermutlich durch weitere Radikalisierung islamisch-ujghurischer Gruppen zusätzlich verschlechtern.

Plus que ça change...

Die bisherigen fernöstlichen Reaktionen auf den 11. September 2001 deuten eher auf eine Verstärkung bereits existierender Trends als auf das Entstehen einer neuen, multipolar-kooperativen Ordnung. Während die USA bestehende sicherheitspolitische Bindungen vertiefen und zusätzliche Bindungen schaffen, müssen sich potentielle Herausforderer der Pax Americana wie China und Nordkorea auf einen weiteren Ausbau der amerikanischen Militärpräsenz in der Gesamtregion einstellen. Dabei ist eine vorübergehend größere amerikanische Toleranz für Unterdrückung in Tschetschenien, Sinkiang und anderswo denkbar, aber letztlich bedeutet eine institutionalisierte antiterroristische Kooperation eher eine weitere Stärkung als eine Schwächung der weltweiten Pax Americana und der damit verbundenen Werte.

Gleichzeitig dürfte die Erwartung einer anhaltenden Umorientierung der strategischen Aufmerksamkeit der USA von Nordostasien auf Südwestasien trügerisch sein. Dort geht es auch aus amerikanischer Sicht nicht um die geographisch fixierbare Eindämmung eines ernstzunehmenden Herausforderers, sondern um eine eher

symbolische Etappe in einer langangelegten, globalen Kampagne. Demgegenüber steht der Pazifik auch nach dem 11. September als potentiell Gravitationszentrum klassischer Weltpolitik im Mittelpunkt des amerikanischen Interesses. Washington könnte sogar versuchen, die jüngsten Ereignisse zu einer Ausweitung seiner fernöstlichen Einflußsphäre zu nutzen und dabei auch wieder auf dem asiatischen Festland aktiv werden. Peking würde in diesem Fall eine intensivierte Einkreisungspolitik konstatieren.

Der Ferne Osten ist seinerseits Teil internationaler terroristischer Netzwerke (vgl. Kasten, S. 7/8). Die jüngste Eskalation könnte daher nicht nur für den Westen, sondern auch für die Regionalstaaten zur wachsenden Herausforderung werden. Mit den größten Risiken sind dabei die multiethnischen, multi-religiösen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft Südostasiatischer Nationen (Association of Southeast Asian Nations, ASEAN) konfrontiert, die nach der Wirtschaftskrise von 1997/98 ohnehin stark geschwächt erscheint. Vor dem Hintergrund der Demokratisierung Indonesiens hat der politische Islam seine Stimme im malaiischen Archipel erneut erhoben und die säkularen Regierungen unter erheblichen Druck gesetzt. Die neuen, grenzüberschreitenden Risiken haben ihre Ursprünge in binnenstaatlichen Entwicklungen, also ausgerechnet in jenem Bereich, den die Regionalstaaten bisher von ihrer sicherheitspolitischen Zusammenarbeit ausnehmen wollten.

Gleichzeitig ist es (einmal abgesehen vom Kampf der »Befreiungstiger von Tamil Eelam« in Sri Lanka und der Maoisten in Nepal; vgl. Kasten, S. 7/8) um den *nicht-islamischen* Terrorismus in Fernost etwas ruhiger geworden. Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, daß auch solche Gruppierungen versuchen werden, von der neuen Unsicherheit zu profitieren. Auch hier ist angesichts der begrenzten Gegenwehrmöglichkeiten der Regionalstaaten mit einer Zunahme des amerikanischen Einflusses zu rechnen.

Der Ferne Osten ist folglich seit dem 11. September 2001 mehr denn je Amerikas Ferner Osten. Eben deshalb ist er kein sicherer Ort. Um ihn zu einem sicheren Ort zu machen, würde es einer weitreichenden innerregionalen Zusammenarbeit bedürfen, zu der anscheinend nur gefestigte Demokratien in der Lage sind. Demokratieförderung ist denn auch langfristig das einzige Mittel gegen jene soziale Ausgrenzung, die den Nährboden für extremistische Tendenzen entstehen läßt. Es bleibt zu hoffen, daß die anstehenden Initiativen der USA diesem Ziel dienen.

Der Ferne Osten: Hochburg des Terrorismus

Während der Terrorismus in Europa (sowie bedingt in Lateinamerika) eingedämmt werden konnte, erlebt er in Fernost einen neuen Höhepunkt. Wie anderswo auch geht er vielfach mit separatistischen Ambitionen einher, und seine islamische Komponente hat sich seit Ende des Ost-West-Konflikts verstärkt und vernetzt. So gibt es seit 1995 Hinweise auf eine Zusammenarbeit zwischen moslemischen Extremisten in den Philippinen, der ägyptischen Gama'a al-Islamiya und den Urhebern des Anschlags auf das World Trade Centre von 1993. Die philippinische Terror-Organisation Abu Sayyaf soll über Verbindungen zur syrischen Abu Nidal, zur libanesischen Hisbollah, zu Hamas-Zellen in Gaza und auf der West Bank, den Bewaffneten Islamischen Gruppen (Groupes Islamiques Armées, GIA) in Algerien und Osama bin Ladens Schwager Mohamed Jamal Khalifa verfügen, der bei der Koordinierung islamischer Extremisten in Pakistan, Ägypten, Israel und den USA eine Schlüsselrolle gespielt haben dürfte. Osama bin Ladens Qaida-Gruppe scheint islamische Nichtregierungsorganisationen in Südostasien über das Internet infiltriert und die Ausbildung Hunderter südostasiatischer Guerillas in Afghanistan organisiert zu haben. Schon zuvor beteiligten sich Südasiaten in Afghanistan am Kampf gegen die Sowjetunion und später an Fraktionskämpfen innerhalb der Taliban.

Philippinen

Neben der aus mehreren hundert Guerillas bestehenden Abu Sayyaf ist die Moro Islamic Liberation Front (MILF) mit mindestens 15 000 Partisanen die wichtigste separatistische Bewegung in den südlichen Philippinen. Ende der 90er Jahre wurden in Lagern der MILF und der Abu Sayyaf insgesamt 700 indonesische Guerillas ausgebildet. Mohamed Jamal Khalifa hat in Mindanao mehrere Nichtregierungsorganisationen finanziert, über die Geld an bewaffnete Gruppen im In- und Ausland geflossen sein soll.

Neben dem islamischen Widerstand dauert im Norden des Landes der bewaffnete Kampf der seit den 60er Jahren aktiven kommunistischen New People's Army (NPA) an, deren Mannstärke nach offiziellen Angaben in der zweiten Hälfte der 90er Jahre von 5000 auf 9000 vergrößert worden ist. Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo hat sowohl der MILF als auch der NPA Verhandlungen angeboten.

Indonesien

Die wichtigste separatistische Guerilla in Indonesien ist die Bewegung für ein Freies Aceh (Gerakan Aceh Merdeka), bestehend aus mehreren tausend Partisanen, die im nördlichen Sumatra operieren. Sie bezieht Geld und Waffen von nichtstaatlichen Akteuren aus Thailand, Malaysia und Kambodscha. Nach Regierungsangaben hat sich die GAM 2000 in zwei rivalisierende Bewegungen gespalten; eine von diesen verhandelt mit Jakarta.

Noch weniger bekannt als die GAM ist die Organisation für ein Freies Papua (Organisasi Papua Merdeka, OPM), die mit mehreren hundert Guerillas in West-Irian kämpft, aber bei Bedarf anscheinend auf ganze irianesische Stämme zurückgreifen kann. Jakarta hat Aceh und Papua Autonomie angeboten und scheint entschlossen, weiterreichende Forderungen mit Waffengewalt zu bekämpfen.

Die seit dem Sturz Präsident Ahmad Suhartos im Mai 1998 zu verzeichnende ethnische und religiöse Gewalt auf Java und in den Molukken wird von Beobachtern auf Sympathisanten des Suharto-Clans zurückgeführt. Diese unterstützen in den Molukken die terroristische Gruppierung Laskar Jihad, die ihrerseits über Verbindungen nach Pakistan, Afghanistan und Malaysia verfügt. Hunderte ausländische Aktivisten sind über das östliche Kalimantan und das malaysische Sabah in die Molukken gelangt. Anhänger bin Ladens sollen sich seit 1999 in Indonesien aufhalten.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2001
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Gestaltungskonzept
Gorbach Büro für Gestaltung und Realisierung
Buchendorf

Malaysia

Malaysia ging 1994 und 2000 gegen moslemische Sekten vor, die angeblich mit Waffengewalt einen islamischen Staat errichten wollten. Im August 2001 wurden zehn in Afghanistan ausgebildete Aktivisten festgenommen. Malaysische Terroristen sollen unter anderem für die Bombenanschläge auf christliche Kirchen in Indonesien im Juli 2001 verantwortlich sein.

Thailand

Bis vor kurzem konnten internationale Terroristen in Thailand relativ ungestört operieren. Mit Hilfe aus mittelöstlichen Staaten wurde im Süden des Landes ein ethnisch malaiischer, religiös-fundamentalistischer Untergrund wiederbelebt, der sich zuletzt Mitte der 90er Jahre mit Bombenattentaten bemerkbar gemacht hatte. Malaysia und Thailand arbeiten bei der Bekämpfung dieser Guerilla zusammen.

Japan

In Japan ist es seit den Gasattacken durch die Sekte Aum Shinrikyo vom März 1995 zu keinen neuen Anschlägen gekommen; nicht inhaftierte Mitglieder sind allerdings weiter aktiv, die Gruppe scheint sogar neue Mitglieder rekrutiert zu haben. Hingegen spielt die Japanische Rote Armee nur noch eine periphere Rolle. Einige ihrer Mitglieder haben in Nordkorea Unterschlupf gefunden.

Sri Lanka

Der seit fast zehn Jahren andauernde Kampf der Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) im nordöstlichen Sri Lanka eskaliert seit etwa einem Jahr erneut. Die 8000 bis 10 000 Guerillas werden von tamilischen Gemeinschaften in Europa, Nordamerika und Asien mit Geld und Waffen unterstützt.

Nepal

Der fünfjährige Aufstand der nepalesischen Maoisten hat mit dem Massaker an der Königsfamilie vom 1. Juni 2001 neuen Auftrieb erhalten. Mindestens 5000 Rebellen kämpfen in den Dörfern des Königreichs für die Gründung einer Volksrepublik.

Indochina/Birma

In Vietnam datieren die letzten Anschläge (zumeist aus dem amerikanischen Exil unterstützt) antikommunistischer Gruppen aus der Mitte der 90er Jahre. Laos wurde 2000 von einer Serie von Bombenattentaten erschüttert, deren Urheberschaft in Thailand ansässigen royalistischen Elementen bzw. einer prochinesischen Fraktion in der regierenden Partei zugeschrieben wurde. Im nördlichen Bergland brach der Aufstand der Hmong wieder aus, die während des Vietnamkrieges an der Seite der USA gekämpft hatten.

In Birma führen neben mehreren tausend Partisanen der Karen National Union (KNU) vier weitere Minderheiten-Guerillas den Kampf gegen die Regierung in Rangoon fort. Einige von ihnen arbeiten mit der demokratischen Opposition zusammen.

Zentral-/Südwestasien

Der Untergang der UdSSR, der afghanische Bürgerkrieg und die von Pakistan geförderte Machtübernahme der Taliban haben zu einem Aufleben des islamisch-ughurischen Unabhängigkeitskampfes im chinesischen Sinkiang, der Unruhen in Kashmir und einem weiteren Bürgerkrieg in Tadschikistan geführt. Die betreffenden Bewegungen sind untereinander sowie mit Gruppen im Mittleren Osten und in der Türkei vernetzt. Während Rußland in Afghanistan die sogenannte Nord-Allianz unterstützt, wollen Moskau, Peking und die betroffenen zentralasiatischen Republiken der terroristischen Herausforderung in ihrer 2001 gegründeten Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit gemeinsam begegnen.